DeutscherAnwaltVerein
Der Präsident

Vorab per E-Mail
Deutscher Bundestag
Herrn Alexander Dobrindt, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Rechtsanwalt und Notar Ulrich Schellenberg
Assistentin: Maja Aden
Tel.: +49 30 726152-140
Fax: +49 30 726152-192
aden@anwaltverein.de

7. Mai 2018/Ba

Anti-Abschiebe-Industrie in Deutschland: Ihre Äußerungen in der Bild am Sonntag vom 6. Mai 2018

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

in der Bild am Sonntag vom 6. Mai 2018 haben Sie von einer „Anti-Abschiebe-Industrie" gesprochen.

Sie führten dazu aus: *„Es ist nicht akzeptabel, dass durch eine aggressive Anti-Abschiebe-Industrie bewusst die Bemühungen des Rechtsstaates sabotiert und eine weitere Gefährdung der Öffentlichkeit provoziert wird …".*
Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die mit Klagen versuchen, Abschiebungen zu verhindern, werfen Sie vor, nicht für das Recht auf Asyl, sondern gegen den gesellschaftlichen Frieden zu arbeiten.

Ihrem in Ihren Worten enthaltenen Vorwurf, Teile der Anwaltschaft würden systematisch unrechtmäßig Abschiebungen verhindern, treten wir entschieden entgegen.

Eine „Anti-Abschiebe-Industrie", die den Rechtsstaat sabotiert, gibt es nicht. Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nehmen legitime Rechte ihrer Mandanten wahr, wenn sie im Fall der Ablehnung eines Asylantrages die Vertretung übernehmen und helfen, dass diese momentan nicht abgeschoben werden. Das Einlegen von Rechtsmitteln gegen behördliche und gerichtliche Entscheidungen ist in Deutschland zum Glück rechtsstaatlich verankert. Nur weil Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte beauftragt wurden, Rechtsmittel einzulegen, konnte der Bundesgerichtshof zahlreiche Entscheidungen der Amtsgerichte in Abschiebehaftsachen, die rechtswidrig waren, überprüfen und korrigieren.

Hinweis gemäß §§ 28, 29 BDSG: Personenbezogene Daten werden gespeichert.

DeutscherAnwaltVerein
Der Präsident

Jeder Rechtssuchende, auch derjenige ohne Bleiberecht, hat Anspruch auf anwaltliche Vertretung. Der Zugang zum Recht, den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sichern, darf weder von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen noch von seinem Aufenthaltsstatus abhängig sein. Dies ist ein Fundamentalgrundsatz des Rechtsstaatsprinzips.
Es ist die gesellschaftliche Aufgabe der Anwaltschaft, für eine faire und rechtsstaatliche Behandlung der Bürger einzutreten. Die Anwaltschaft gewährleistet die Teilhabe des Bürgers am Recht und damit der Verwirklichung des Rechtsstaats.
Sie trägt dazu bei, die Akzeptanz der Rechtsordnung zu erhöhen. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe als "Anti-Abschiebe-Industrie" zu skandalisieren, ist sachlich falsch.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie bei zukünftigen Äußerungen in Bezug auf die Anwaltschaft anerkennen würden, dass die Anwaltschaft die Verantwortung dafür trägt, dass jedermann Zugang zum Recht hat – und dass hoheitliche Entscheidungen im Bereich des Asylverfahrensrechts wie jede andere mit unserer Hilfe überprüft und erforderlichenfalls korrigiert werden können. Wir nehmen diese Verantwortung gerne wahr.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Schellenberg

Deutscher Anwaltverein e.V. (DAV) · Littenstraße 11 · 10179 Berlin
DAV-Büro Brüssel: German Bar Association · Rue Joseph II 40, Boîte 7B · 1000 Bruxelles · Belgien
www.anwaltverein.de

Hinweis gemäß §§ 28, 29 BDSG: Personenbezogene Daten werden gespeichert.